



DAS UNHEIMLICHE GLÜCK

AFFÄRE Stadt und Justiz ermitteln gegen den Glücksspielgiganten Novomatic. Es geht um Tausende Automaten, die Nöte Spielsüchtiger und um das Imperium eines milliardenschweren Fleischhauersohns, dessen Einfluss vom Wurstelprater bis nach Swasiland reicht.

FLORIAN KLENK

Der Mörder ist wieder da. Abends gegen acht Uhr betritt er mit aufgestelltem Mantelkragen das Admiral-Ascot, das „traditionsreichste Wiener Wettcafé“, in der Landstraßer Invalidenstraße. Er marschiert vorbei an Pensionisten und Arbeitslosen, die hier unter verspiegelten Decken und falschen Kristallustern sitzen und auf Pferdewetten. Diesen höflichen Mann nennen sie „Mörder“, weil er so gnadenlos spielt. Zwei Rentner grüßen ihn fast ehrfürchtig. Er nickt ihnen zu. Schnurstracks schreitet er zum „Gaminator“,

einem Spielautomaten der Firma Novomatic. Mit der einen Hand zückt er seine Zigaretten, mit der anderen die Geldbörse. Er schiebt den ersten Hunderter in den Schlitz und drückt die „Risiko“-Taste. Am Monitor blitzen unentwegt zwei Würfel auf. Wenn sie fallen, klackt es. Weil das rasend schnell geht, rattert der Automat wie eine Maschinenpistole. Jedes Klacken kostet fünfzig Cent. Erst wenn auf beiden Würfeln die gleichen Augen aufscheinen, drehen sich auch virtuelle Walzen mit Feen, Zauberern und Prinzessinnen. Die Fabelwesen tanzen, sie winken, sie lachen,

dann verschlingen sie sein Geld. Der „Mörder“ aber bleibt ruhig. Wenn der Kontostand am Apparat gegen null wandert, füttert er die Maschine mit einem Hunderter. Als fünf weitere verspielt sind, schiebt er zwei Zehner nach – und wirft zwei Münzen hinterher. Der „Mörder“ zittert und wirkt doch erleichtert, obwohl alles verloren ist. Er sagt: „Auf Wiedersehen, die Herrschaften“ und verschwindet.

521 Euro waren es vergangenen Dienstag. Der Wochenlohn eines Schwerarbeiters, in 13 Minuten verspielt. Solche Szenen spielen sich in

Österreich Tausende Male pro Tag ab. 164 Wettcafés betreibt allein die Firma Admiral, eine Tochter der Novomatic. Das Glücksspiel drängt aus den Hinterzimmern der Stadt. 4800 Glücksspielautomaten der Novomatic stehen in Niederösterreich, Wien, der Steiermark und Kärnten. In den fünf anderen Ländern sind die Geräte verboten.

Jetzt werden diese Geldfresser zum Politikum. Denn nur einige wenige wurden durch sie reich. Vor allem die Novomatic, eine Gumpoldskirchner Firma, die diese Maschinen vom Wurstelprater bis nach Swasiland exportiert und heuer

etwa 1,5 Milliarden Euro Umsatz macht. Auch Städte, Länder und Kommunen schneiden prächtig mit. Zehntausende Menschen aber werden von den „Gaminatoren“ in die Not gestürzt. Darf das sein? Wer stellt sich dagegen? Und welche Widrigkeiten erleben Kritiker des Glücksspiels dabei?

Das ist eine grundsätzliche Geschichte, die viel aussagt über die Beziehungen von Politik, Bürokratie und Justiz gegen ein milliardenschweres Unternehmen. Ob sie als Kriminalfall endet, ist offen. Eine immer breiter werdende Schar von Ermittlern, Politikern und Anwälten will aber nicht länger mitspielen.

Die Wiener SPÖ-Stadträtin Ulli Sima zum Beispiel. Sie ist für den Vollzug der Glücksspielgesetze in Wien zuständig und schickte kürzlich der Staatsanwaltschaft Wien eine Sachverhaltsdarstellung wegen „illegalen Glücksspiels“. Beamte hatten „Gaminatoren“ inspiert und staunten. Sogenannte „Actiongames“, aber auch der „Wiener Würfel“, also jenes Spiel, bei dem der „Mörder“ sein Geld verlor, sind aus Sicht des Magistrats möglicherweise kriminell. Eine Verletzung jenes Glücksspielgesetzes, das Experten das „kleine Glück“ nennen. Es sieht eine Beschränkung der Wetteinsätze auf maximal fünfzig Cent und der Gewinne auf maximal zwanzig Euro pro Spiel vor. „Ich habe mir diese Wettcafés angeschaut. Ich dachte immer, die stehen leer. Ich bin überrascht, wie viele junge Leute und auch Hausfrauen an den Automaten ihr Geld verspielen“, sagt Stadträtin Sima. Vor allem die kleinen Wettcafés stören sie: „Jugendschutz lässt sich dort nicht kontrollieren. Es braucht Zugangsbeschränkungen.“

Sima wird sich warm anziehen müssen. Denn der Kampf, den sie nun aufnimmt, tobt bereits in anderen Bundesländern. In Niederösterreich ermittelt die Justiz ja seit Monaten gegen die Novomatic. Das Landeskriminalamt spricht in seinen Anzeigen von Betrug und illegalem Glücksspiel, und Ermittler erleben deshalb ihre blauen Wunder.

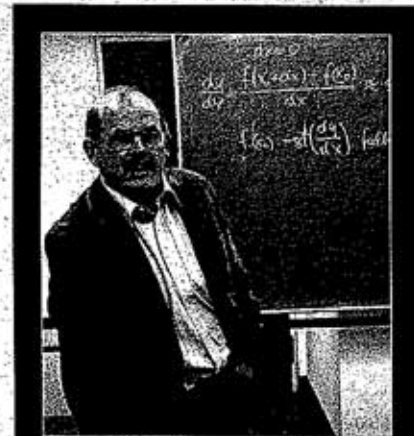
Die Geschichte des „kleinen Glücks“ handelt von Milliarden und ihren Geschäften. Von gebrochenen Spielern und ihren verarmten Ehefrauen. Von Polizisten und ihren Förderern. Und von Staatsanwälten, die von ehemaligen Politikern diskret „befragt“ werden. Und dann sind da noch ein Bezirksinspektor des Landeskriminalamtes St. Pölten, der seit Monaten energisch ermittelt und dabei viele Widrigkeiten erlebt; ein Gutachter, der behauptet, nächstens mit Morddrohungen geweckt zu werden; ein verschwiegener Fleischhackersohn aus Döbling, der es mit Spielautomatenhandel in zwanzig Jahren zum 2-Milliarden-Euro-Unternehmer brachte. Sein Name: Johann Graf, Chef des Novomatic-Konzerns. Wer seiner Firma Übles unterstellt, wird geklagt.

Zurück ins Ascot. Auf dem „Gaminator“ sind zwei Aufkleber zu sehen. Einer stammt von der Stadt Wien, mit dem sie erklärt; den Apparat besteuert zu haben: 1400 Euro pro Maschine und Monat. Das macht bei rund 3300 Wiener Automaten rund 46 Millionen Euro. Auf dem anderen Aufkleber wird kleingedruckt das „kleine Glücksspiel“ erklärt. „Fünfzig Cent Einsatz, zwanzig

Euro Gewinn pro Spiel.“ Es ist ein Schutzgesetz aus jener Zeit, in der es noch keine virtuellen Feen gab, sondern einarmige Banditen, die mit 5-Schilling-Stücken gefüttert werden mussten. Das Volk sollte Lohn und Kindergeld nicht beim Wirt ums Eck verspielen. Wer richtig zocken will, sollte mit Anzug in staatliche Casinos gehen, wo der Spielerschutz rigoros verstärkt wurde – und wo die fetten Gewinne allein dem Staat zufließen.

In vielen Admiral-Lokalen aber lachen die Spieler, wenn man sie auf dieses Gesetz anspricht. Es schmunzeln die zwei Rentner, die den „Mörder“ begrüßten und gerade 1200 Euro verspielen. Es lachen jene zwei Serbinnen, die den Tageslohn einer Friseurin in den Schlitz schieben. Es schmunzelt Kemal Ü., der samstags im Prater-Admiral 3200 Euro riskierte. Lachen würden die jungen Burschen in den düsteren Wettkammerln in der Marc-Aurel-Straße. 680 Euro verspielen sie gerade in einer dieser Kojen, die mittlerweile das Stadtbild prägen. Der Mathematiker Johannes Ploss war einer, der einst „hoch spielte“ und alles verlor. Sogar die Kellner hätten ihm Geld geliehen, sagt Ploss. „Das Gesetz erlaubt doch nur ein harmloses Jahrmarktsvergnügen“, erklärt der seit einigen Jahren geheilte Spieler. „Doch in Wahrheit verspielen wir unsere Existenz.“ Ploss hat – mit seinem Anwalt, dem ehemaligen Justizminister Dieter Böhmendorfer – die Stadt Wien wegen Verletzung der Aufsichtspflicht verklagt. Die Klage wurde abgewiesen. So kann etwa, wie samstags beobachtet, der Wirt im Admiral in der Ottakringer Straße weiter auf verwirrende Tabellen zeigen und behaupten: „Der Höchstgewinn kann bis zu 9000 Euro betragen.“

Die Schlacht, die Wien nun erreicht, tobt seit Monaten in St. Pölten. Ein Bezirksinspektor des Landeskriminalamtes Niederösterreich ermittelt seit Monaten wegen verbotenen Glücksspiels und schweren gewerbsmäßigen Betrugs. Seine Akten liegen mittlerweile am Schreibtisch von SPÖ-Justizministerin Maria Berger. Sie lässt weiterermitteln. Als der *trend* darüber berichtete, erkundigte sich Karl Schlögl, der ehemalige SPÖ-Innenminister und heutige Aufsichtsrat der



„Das Gesetz erlaubt doch nur ein Jahrmarktsvergnügen“

Johannes Ploss,
Mathematiker und Ex-Spieler



„Ich bekam Morddrohungen. Das ist ein riesiger Sumpf“

Peter Mares,
Gerichtsgutachter

Novomatic, beim Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Werner Pleischl, nach den Erhebungen. „Werner, was ist denn da los?“ Pleischl wehrte ab: „Es ist für uns beide besser, wenn ich jetzt nichts sage.“

Im Visier der Ermittler stehen die Chefs eines der mächtigsten und einflussreichsten Unternehmen des Landes: der Novomatic aus Gumpoldskirchen. Nicht nur deren Automaten werden beanstandet. Auch manche Hunderennen, die bei der Tochterfirma Admiral zu sehen sind, nennt ein Beamter in einem Bericht „glatten Betrug“. Sie seien nicht „live“ veranstaltet worden. Manager der Firma bestätigen dies – aber sie weisen sämtliche Betrugsvorwürfe vehement zurück. Alles sei genehmigt. Als *profil* im April erstmals über diese Ermittlungen berichtete, ortete der Vorstandsvorsitzende Franz Wohlfahrt eine „gezielte Kriminalisierung“. Der Konzern, so heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme, biete diese „Wettprodukte“ an, „weil sie unserer Ansicht nach den gesetzlichen Vorschriften entsprechen“.

Schnell wurde es ruhig um den Kriminalfall. Nun liegen Zeugenaussagen, Gutachten, Aktenvermerke vor. Daraus wird ersichtlich, dass es sich nicht nur um anonyme Anzeigen handelt. Sachverständige sprechen erstmals davon, dass das „kleine Glücksspiel“ „nicht erfüllt“ sei. Viele Belastungszeugen treten nicht anonym, sondern mit vollem Namen auf. Josip K. zum Beispiel, der behauptet, an einer Admiral-Wettkassa gegessen zu haben, gab zu Protokoll: „Ich sah sämtliche Hunderennen und konnte schon nach einigen Stunden feststellen, dass es sich um aufgezeichnete Rennen handelt. Dies gipfelte darin, dass ich nach zirka einem Monat genau wusste, welcher Hund die Rennen gewinnt. Insgesamt kann ich sagen, dass mit großer Wahrscheinlichkeit Betrug durchgeführt worden ist.“

Wer solche Anschuldigungen öffentlich verbreitet, dem wird von der Novomatic schnell beschieden, „durch Sonne und Mond“ verklagt zu werden. Die weiße Weste ist wichtig für den Konzern, der auch in den USA investiert. Dort herrschen strenge Gesetze. Wegen Kreditschädigung verklagt wurde deshalb die frühere niederösterreichische SPÖ-Landesrätin Christa Kranzl, die

als einzige Politikerin Automaten beschlagnahmen ließ. Die Klage wurde später zurückgezogen. Verklagt wurde das Land Niederösterreich: Streitwert sieben Millionen Euro. Kranzl, heute Staatssekretärin im Infrastrukturministerium, hatte versucht, einen während ihres Urlaubs eilig ausgestellten Bewilligungsbescheid zurückzunehmen – rechtlich war das nicht mehr möglich. Verklagt von der Novomatic wurde auch der Wiener Rechtsanwalt Gerold Beneder, der Klagen mehrerer Spieler gegen Glücksspielunternehmen einbrachte, damit diese ihre Spielverluste zurückbekommen. „Ich werde mich auch in Zukunft schützend vor meine Mandanten stellen. Ob es klug war, die Spieler und mich zu klagen, wird sich noch herausstellen“, sagt er. Verklagt wurden auch Spielsüchtige, die öffentlich ihr Leid klagten.

Auch der Bezirksinspektor aus St. Pölten wurde von anonymen Anzeigern des Amtsmissbrauchs beschuldigt – das Verfahren wurde eingestellt. Der Beamte behauptet nun in seiner Anzeige, durch die Klagen würden „Kritiker aus dem Verkehr gezogen“.

Und so wird die Geschichte des kleinen Glücks eine ganz grundsätzliche Geschichte über dieses Land und seine Fähigkeit, auch gegenüber Wirtschaftsgiganten unbefangen zu ermitteln. Noch etwas schrieb der Bezirksinspektor ja in seinen Akt: „Es wird bemerkt, dass durch die Novomatic-Gruppe offensichtlich massives Lobbying (Politik, Beamte etc.) zugunsten dieser (Automaten, Anm.) betrieben wird und im Umfeld dieser Firmengruppe Sachverständige durch das Anbieten von guthonorierten Beraterverträgen für objektive Ermittlungen nicht mehr herangezogen werden können.“ Die Novomatic habe einen „Schutzwall aufgebaut, um sich gegen behördliche Verfolgung zu schützen“.

Das sind harte und von der Firma dementierte Vorwürfe. Sind sie auch beweisbar? In den Akten finden sich jede Menge Hinweise anonymer „Informanten“, die erstaunlich detailgenau sind. Am 16. Februar dieses Jahres traf sich der Bezirksinspektor aus St. Pölten zum Beispiel auf der Autobahnraststätte Großram mit zwei namentlich nicht genannten „Auskunftspersonen“, die von sich behaupteten, Exmitarbeiter der Novomatic zu sein. Sie schilderten, wie Automaten fürs Finanzamt frisiert würden, wie sich Stadtpolitiker auf „Stammtischen“ mit Casinomitarbeitern trafen und wie zwei namentlich genannte ranghohe Polizisten bei Partys im Ascot „mit Champagner und Prostituierten“ versorgt worden sein sollen. Das auf Korruption spezialisierte Büro für interne Angelegenheiten erfuhr jedoch nichts von den Anschuldigungen. Die Betroffenen bestreiten die Vorwürfe als „völlig absurd und unrichtig“.

Dann ist da noch die Aussage des Sachverständigen Peter Mares. Er berichtet gegenüber dem *Falter* von nächtlichen anonymen Morddrohungen aus der Telefonzelle. Niemand darf behaupten, sie hätten etwas mit der Novomatic zu tun. Schon gar nicht Mares selbst oder der *Falter*. Jeder würde

Fortsetzung nächste Seite

Affäre ...

Fortsetzung von Seite 9

sofort geklagt, und man würde den Prozess gewiss verlieren.

Mares ist aber einer der wenigen Sachverständigen, die noch nicht im Auftrag der Novomatic gutachteten. In seinen Expertisen zerlegt er seine Kollegen. Er kritisiert auch, dass sie immer wieder von der Novomatic beschäftigt werden. „Weil der Markt so klein ist“, wie Novomatic und angegriffene Gutachter erklären. Auch Stadträtin Ulli Sima sagt: „Es ist wahnsinnig schwer, einen unbefangenen Gutachter zu finden. Wir überlegen, selbst einen auszubilden.“

Mares wirft einem Grazer Gutachter sinngemäß vor, die Automaten nur technisch, aber nicht aus der subjektiven Sicht der Spieler untersucht zu haben. Er beklagt, dass Spieler „alles kostenpflichtig ausprobieren“ müssen, weil es keine Spielanleitungen gibt. Er moniert „Mängel“ und behauptet, es könne „nicht als Erfüllung des kleinen Glücksspiels gewertet werden, wenn versteckt in kleinen Schritten der Einsatz für das Hauptspiel (...) gesteigert werden kann“. Mares weiter: „Die Konstrukteure (...) tarnen eine Erhöhung“ des Einsatzes. Die Novomatic kontert: die Automaten seien alle behördlich genehmigt. Allerdings auch aufgrund eines Gutachtens, das ein angegriffener und von der Novomatic mehrmals beschäftigter Gutachter erstellt hatte.

Ein dritter Gutachter, Peter Lang, hatte so eine Expertise zu beurteilen, mit deren Hilfe in Niederösterreich 2500 Automaten bewilligt werden konnten. Lang schreibt: „Die Schlussfolgerungen sind über weite Strecken nicht mehr nachvollziehbar.“ Auch Gutachter Lang hatte einen Beratervertrag mit der Novomatic, wie er selbst bekanntgab.

Einen „wahnsinnig großen Sumpf“ nennt Mares diese Zustände: „Es gibt hier nur wenige weiße Schafe. Die werden von den schwarzen ausgelacht.“ Das Glücksspielgesetz in Wien werde aufgeweicht, die Behörden seien machtlos. Vor allem alte Automaten, so Mares, seien manipulierbar. „Ich habe selbst Schalter gesehen, auf denen man die Gewinnausschüttung auf Hoch, Mittel und Niedrig einstellen konnte.“ Wem die gehören? Mares sagt: Amtsgeheimnis. Fest steht, dass der Novomatic Manipulationen nicht nachgewiesen werden konnten. „Wir bestreiten die Vorwürfe zur Gänze und erwarten die Einstellung des Strafverfahrens“, heißt es aus dem Konzern.

Was Gutachter Mares behauptet, ist auch in einem Schreiben der Polizei an den Wiener Magistrat festgehalten: „Das Manipulieren von Apparaten mittels Fernsteuerung oder durch das Abschalten der Stromzufuhr wurde auch in Wien wiederholt beobachtet. Dadurch war es möglich, ein illegales Spiel auf eine erlaubte Spielvariante umzustellen.“ Ob das Gutachten die Novomatic betrifft, geht aus dem Schreiben nicht hervor – der Konzern bestreitet jedenfalls Manipulationen. Es sollte endlich plombierte Automaten geben, so die Polizei, oder am besten ein generelles Verbot. Doch das, so die Polizei, „ist aus Rücksicht auf



„Ob es klug war, mich und die Spieler zu klagen?“

Gerold Beneder,
Rechtsanwalt

die dann entfallenden Steuereinnahmen vermutlich nicht realistisch“.

Und so führt die Geschichte des „kleinen Glücks“ zu den Ländern, Städten und Kommunen, die bei den Automaten kräftig mitschneiden. Noch im Jahr 2003 wetterte Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll gegen die Spielautomaten. Sie seien jugendgefährdend, sagte er im Fernsehen. Zwei Jahre später bewilligte das Land 2500 davon, und Prölls Parteisekretäre wetterten gegen Christa Kranzl, die sich gegen die Automaten zur Wehr gesetzt hatte. Nur wenige Bürgermeister – etwa in Amstetten, Schwechat und Melk – probten den Aufstand gegen den „Dreck“, wie ein Ortskaiser die Automaten in Interviews nannte. Mit Erfolg, die Novomatic zog freiwillig ab.

Auch der Konzern setzt nun offiziell auf große Casinos statt kleiner Zockerhöhlen. Im Jahr 2005 konnte die Firma ihren bisher größten Spieltempel im Prater eröffnen. Eine braun verspiegelte Betonkiste glitzert da am Rande des Straßens. Auf dem Vorplatz summt sanfte Musik aus dem Rasen. Wer das Bauwerk „im ägyptischen Stil“ betritt, sieht vergoldete Kunststoff-Pharaonen und Kellner in dunklen Anzügen, die über weiche Kunststoffteppichböden wieseln. Eine edle Treppe, wie man sie von Fernsehgalas kennt, führt ins Restaurant. Die Speisekarte steht wie in einem Haubenrestaurant auf einem kleinen Podest. Doch manche Preise (6,90 Euro fürs Menü) sind nicht für die High Society gedacht, eher schon für Wiens Unterschicht und die vielen Gastarbeiter. Wie ein Rundgang zeigt, spielen vor allem diese Leute an den 300 „Gaminatoren“. Mit Einsätzen bis zu 3000 Euro, wie ein Lokalaugenschein beweist. „Kleines Glücksspiel“? Der Kellner lächelt: „Jedes Spiel kostet nur fünfzig Cent.“ Doch jedes Spiel rennt eben rasend schnell ab.

Auch das ist erstaunlich: Die Stadt Wien gewährte der Novomatic im Prater für ihr Casino einen vierjährigen Pachtvertrag. Zu zahlen sind in der boomenden Lage neben Messepalast und neuer U2-Station nur 10.000 Euro pro Monat. So viel Geld, so höhnten die Grünen, werde wohl pro Tag in einen der dort aufgestellten Automaten gesteckt. Das Büro der für den Prater zu-

ständigen Wiener SPÖ-Stadträtin Grete Laska argumentiert, mit dem Bau sei „die Erweiterung des Praters vorangetrieben“ worden. Die Novomatic habe im Übrigen auch die „Kosten für eine WC-Anlage übernommen“.

Wer in Archiven kramt, darf sich die Augen reiben, wie die Novomatic boomt. 1,5 Milliarden Umsatz sind für heuer prognostiziert. 10.000 Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen. All das ist einem gelehrten Fleischhauer zu verdanken: Johann Graf, ein zurückhaltender Selbmademilliardär, von Thomas Klestil im Jahr 2003 zum Professor ernannt. Aufgewachsen ist Graf im zerbombten Wien in Zimmer-Küche-Kabine bei den Großeltern, wie er dem *trend* kürzlich in einem seiner seltenen Interviews verriet. 1980 importierte er zunächst Flipperautomaten und Wurlitzer. Er erkannte bald, wonach das Volk giert: Glücksspielautomaten, die er „Always Hot“, „Dolphin's Pearl“ oder „Lucky Ladies Charm“ taufte. Rund 80.000 dieser Maschinen produzierte der Konzern vergangenes Jahr, 60.000 wurden verkauft. Sie rattern in Las Vegas und in den Indiandeservaten Colorados, in den Casinos Südafrikas, in Kaliningrad, Peru, Moldawien und im Grenzland bei Kleinhaugsdorf. In sechzig Ländern ist der Konzern aktiv. In Chile steht die Eröffnung des größten lateinamerikanischen Casinos bevor. In Russland hofft man auf ein Plätzchen in einem der vier El Dorados, die Putin gründen will.

Graf's Kontakte zu Politik und Medien sind exzellent. Johannes Hahn, der den Konzern auch noch als Gemeinderat jahrelang leitete, ist heute Wissenschaftsminister und Wiens ÖVP-Chef. Exinnenminister Karl Schlögl sitzt heute im Aufsichtsrat. Hannes Reichmann, einst einer der besten investigativen Wirtschaftsjournalisten des Landes, ist Konzernsprecher.

Konzernchef Johann Graf ist auch auf der Mitgliederliste des berüchtigten Vereins der Polizeifreunde. So wie der ehemalige Betreiber des Restaurants im Praterkasino, Wolfgang Ullmann. Ullmann bekam dafür einen exklusiven Draht zum Kassier des Vereins Adolf Krchov. Als sich in Ullmanns Restaurant einmal „ein Rudel“ Afrikaner „einzunisten“ wagte, wie er vor Gericht sagte, eilte auf Krchovs Bitte der Poli-

zeigeneral Roland Horngacher persönlich herbei, um die Afrikaner zu perlustrieren. Amtsmissbrauch, wie die Justiz in erster Instanz (nicht rechtskräftig) urteilte. Horngacher hatte zuvor von Ullmann ein paar Mercedes-Coups und einen Jaguar ausleihen dürfen. Gleichzeitig saß er im „Spielapparate-Beirat“, der Empfehlungen über die Spielautomaten abgeben sollte. Doch der trat nur selten zusammen. „Der Beirat war bisher nicht wahnsinnig hilfreich“, klagt Stadträtin Ulli Sima.

Vielleicht sollte sich die hohe Politik nicht nur mit den Vertretern der Novomatic treffen, sondern auch jene Adresse aufsuchen, die auf einem fast unleserlich kleinen Aufkleber an den „Gaminatoren“ prangt: Siebenbrunnengasse 21, Verein der Anonymen Spieler. 28.000 pathologische Spieler, so die groben Schätzungen, soll es allein in Wien geben. Hier ist in einem winzigen Wartezimmer die Schattenseite des Glücksspielbooms zu besichtigen. 7134 Beratungsgespräche führte der Verein im vergangenen Jahr, rund tausend Klienten wurden betreut. Von der Stadt gab es dafür keinen Cent. Hier sitzen Mütter, deren Kinder nicht mehr auf Skikurs fahren, weil der Vater alles verspielt hat. Es suchen Familien Rat, die ihr ganzes Vermögen verpfänden mussten. Durchschnittlicher Schuldenstand der Klienten: 50.000 Euro – für die meisten sind das drei Jahresgehälter. „Die Männer verspielen ganze Häuser“, sagt die Psychologin Izabela Horodecki, die Leiterin des Vereins. 1986 kam sie aus Polen nach Wien, „damals gab es nicht einmal Lotto in der Stadt“. Es seien vor allem Jugendliche, die spielsüchtig werden und nach zehn bis 15 Jahren hier auf der Beratungscouch landen. Achtzig Prozent der Klienten verspielen ihr Vermögen an Automaten.

Lange hatte es gedauert, bis deren Spielsucht offiziell als Krankheit anerkannt wurde. 1,5 bis vier Prozent der Bevölkerung, so die Schätzungen, seien akut spielsüchtig, doch die wissenschaftliche Forschung zum Glücksspiel sei „null“, klagt Horodecki. Wovon der Verein lebt? „Novomatic, Admiral, Casinos Austria und Lotterien“, sagt sie, „ich kann daher nicht auf die Barrikaden steigen und die Firmen kritisieren.“ Sie will dies aber auch gar nicht tun. Der Gesetzgeber sei gefordert, sagt sie. Es müsste Schutz zonen geben, Zugangskontrollen, besseren Jugendschutz.

Wie antwortet die Politik? Ulli Sima will die kleinen Wettcafés am liebsten schließen und die Automaten in großen Casinos konzentrieren, wo die Kontrolle besser sei. Der Spielerhilfsverein könnte demnächst auch zu staatlichem Geld kommen. ÖVP-Finanzminister Wilhelm Molterer aber erklärt, der Umgang mit Spielsucht sei „Sache der Unternehmen“, sie sollen weiter für die Süchtigen bezahlen, nicht der Staat. Man suche den „Dialog“ mit den Unternehmen, um ein neues Gesetz zu verfassen. Die Novomatic erklärte bereits, wie sie sich das vorstellt. In ganz Österreich sollten die Automaten erlaubt werden, damit das Glücksspiel aus der Illegalität geholt werde. Der Chef des Konzerns, Franz Wohlfahrt, sagte, die Politik müsse „erkennen, dass Beschränkungen wenig Sinn machen“. Ob wieder nur er Gehör findet? □



„Wir bekommen keinen Cent von der Automatensteuer“

Izabela Horodecki,
Verein „Anonyme Spieler“